Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1266.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650,— M. Einzelnummer 80,— M. Sonnabendnummer 100,— M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 200,— M., auswärts 250,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 800,— M., auswärts 1000,— Ausland 1000 u. 5000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 60 M.

Nr. 38 | Dresden, Mittwoch den 14. Februar 1923 | 34. Jahrg.

Mission des Ruhrproletariats

Das Ringen um den Besitz des Ruhrgebietz hat nicht nur die Lebensfragen Deutschlands aufgerollt, es ist eine Angelegenheit Europas. An der Ruhr wird entschieden, ob der französische Imperialismus in West- und Mitteleuropa diktieren und durch den Besitz der Kohle die wirtschaftlichen Voraussetzungen seiner Herrschaft auf lange Zeit hinaus sichern kann. Bringt er die gewaltigsten Kohlen- und Eisenschätze des Kontinents in seine Gewalt, dann wird und bleibt Deutschland eine ihm untertänige Kolonie und die andern europäischen Staaten von ihm abhängig. Diese Rolle zu spielen ist Frankreich weder geschichtlich berufen, noch durch seine Volkszahl, Wirtschafts- und Finanzkraft befugt. Ein stagnierendes Volk von nur 40 Millionen Menschen, mit hauptsächlich Agrarwirtschaft, wenig entfalteter Schwerindustrie, mangelhafter Technik, zurückgebliebener Sozialverfassung und keineswegs hoher kultureller Allgemeinbildung, kann auf die Dauer das hochentwickelte Mitteleuropa nicht beherrschen. Wird der militärisch-imperialistische Vortrab jetzt im Westen nicht aufgehalten und stumpf gemacht, so werden dauernde Konflikte Europa zerrütten, bis es elend, ausgemergelt und schließlich völlig verwüstet, am Boden liegt.

Daß sich die heutigen französischen Machthaber die Rolle des europäischen Diktators anmaßen, liegt lediglich am wucherungsgroß entfalteten französischen Militarismus. Ein Vierzigmillionenvolk hält sich ein stehendes Heer von 700 000 Mann, während der toll entwickelte Militarismus des wilhelminischen Deutschlands bei 65 Millionen Volkszahl 800 000 betrug, also im Verhältnis „kleiner und bescheidener" war, als der heutige französische. Dieser französische Militarismus braucht — Betätigung. Er marschiert unbedingt einmal, genau so wie der deutsche und russische einmal marschierten. Lloyd George schrieb kürzlich im Berliner Stinnesblatt, der deutsche Militarismus würde, weil er sich siegesgewiß fühlte, marschiert sein, selbst wenn 1914 der deutsche Kaiser und die deutsche Diplomatie vernünftig und zu Verhandlungen bereit gewesen wären. Wer möchte das bestreiten? Gut. Nun ist der französische daran, dasselbe Verbrechen zu begehen, das heißt: sich „zu betätigen", denn er unterliegt genau denselben inneren Gesetzen. Der Schlag gegen das Ruhrgebiet war jahrelang überlegt, geplant, vorbereitet. Die französischen Gewalthaber brauchten nur einen äußeren Anlaß, der ihrem Zugriff ein „formales Recht" geben sollte. Die 85 000 Tonnen, die an der Reparationskohlenlieferung für 1922 fehlten, erfüllten endlich dies Verlangen — und nun will der Imperialismus der zielbewußten französischen Bourgeoisie nicht etwa die 85 000 Tonnen Kohle holen, sondern drei Schätze des Ruhrgebietes annektieren, auf daß er den stehenden Militarismus für immer füttern, seine Macht sichern, Deutschland den Rhein entwinden und durch all dies dauernd schwächen und niederhalten kann.

Gerade wir Sozialdemokraten, die wir den Imperialismus und Militarismus kennen und von seiner Geburtsstunde an in allen Ländern befehdet haben, dürfen uns über den jetzigen gewalttätigen französischen nicht täuschen. Da wir gegen den deutschen Militarismus angekämpft und immer ankämpfen werden, haben wir das Recht und die Pflicht, den französischen ebenso schonungslos zu brandmarken und ihm entgegenzutreten. Gerade die sozialistische Arbeiterschaft ist der berufene Faktor dazu. Es ist kein Zufall, sondern ganz in der Ordnung, daß die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet in dem Ringen die Entscheidung gibt. Sie steht in vorderster Front und hat durch ihre Gewerkschaften — und jetzt auch, wie in Recklinghausen, durch die sozialdemokratische Organisation — die Führung des Abwehrkampfes in die Hand genommen. Besonnen, aber planmäßig und entschlossen wendet sie die sozialen Waffen gegen die blutigen Eisenwaffen an, ein in diesem Umfange beispiellos bedeutsamer geschichtlicher Vorgang, der den Freund höherer Menschheitskultur mit neuem Hoffen erfüllt. Brutale Gewalt wird durch soziale Solidarität stumpf gemacht! Und sie kann endgültig siegen, wenn sie entschlossen und opferbereit bleibt. Das kann sie nur, wenn die deutsche Regierung und das ganze schaffende Volk planmäßig diese Taktik durch eine entsprechende Gesamtpolitik unterstützen.

Da ist eines als Hauptsache erforderlich. Die deutsche Regierung darf keine Politik treiben, die vom nationalistischem Imperialismus inspiriert ist. Sie darf die Erfüllungspolitik nicht abneiden, sie nicht von der Großindustrie sabotieren lassen, sondern muß weiter bereit sein, im Rahmen des Möglichen wieder gutzumachen. Der Wille dazu und die praktische Betätigung dafür sind die Voraussetzungen für Verhandlungen, die angestrebt werden müssen. Der Weg zu Verhandlungen darf durch Weigerung der weiteren Erfüllungspolitik nicht verbaut werden, sonst bleibt der französische Militarismus im Lande. Die Zeit für Verhandlungen wird kommen. Vermittlungsversuche werden nicht ausbleiben, wenn nur die Regierung Cuno die Möglichkeiten offenhält und keine Verhandlungsmöglichkeit vorübergehen läßt. Der anfänglich angedeutete Standpunkt: solange noch ein französischer Soldat an der Ruhr steht, wird nicht verhandelt, ist fallen gelassen worden. Wir lesen in unserm Dortmunder Parteiblatt, daß sich der Reichskanzler in verschiedenen Äußerungen im Ruhrgebiet ganz unzweideutig dahin geäußert hat, daß auch der Abzug der Truppen Gegenstand von Verhandlungen sein werde, daß also vorher und jederzeit Verhandlungen möglich seien. Unser Dortmunder Parteiblatt sieht sich zu dieser Feststellung genötigt, weil die deutschnationale Presse auch dort, wie hier, täglich schreit: Erst Räumung, dann Verhandlung, und behauptet, dies sei auch der Standpunkt der Regierung. Diesen Fälschungen entziehen unsre Genossen im Ruhrgebiet energisch den Boden.

Zum zweiten muß die Arbeiterklasse immer wieder dem deutschnationalen Schwindel von der „Einheitsfront" entgegentreten. In der Anerkennung der Notwendigkeit der Abwehr des französischen Einbruchs sind sich freilich alle Parteien einig, einschließlich der Kommunisten. Aber im Abwehrkampfe und in den Mitteln der Kampfesführung trennt uns eine Welt. Da gibt es keine „Einheitsfront" mit den deutschen Imperialisten. Diese Herrschaften kennen nur dieselben Mittel, die heute der französische Militarismus anwendet und bedauern lediglich, daß sie nicht widerschießen, -stechen und -schlagen können. So „begnügen" sie sich mit Verhetzung, Aufstachelung, Lügen und Rachegeschrei, womit sie den Boden „moralisch und geistig" für einen erträumten deutschen Militarismus und deutschen Revanchekrieg vorbereiten wollen. Die sozialistische Arbeiterklasse muß den deutschen Nationalisten, Chauvinisten und Imperialisten mit derselben Rücksichtslosigkeit begegnen wie der gleichen Sorte von jenseits des Rheins. Von der Regierung ist zu fordern, daß sie sich des chauvinistischen Treibens nicht mitschuldig macht, sondern ihm entgegentritt, sonst werden die deutschen Arbeiter im schärfsten Kampf gegen sie aufstehen. Die Sozialdemokratie ist nicht der Sklave der Regierung oder ihr etwa mit gebundnen Händen verpflichtet. Die Sozialdemokratie darf die Regierung Cuno nur solange dulden, als sie die Mittel billigen kann, die im Abwehrkampf zur Anwendung kommen. Schon morgen müßte die Cuno-Regierung auf Sein oder Nichtsein bekämpft werden, wenn sie morgen eine Politik befolgt, die der sozialdemokratischen Arbeiterklasse grundsätzlich widerstrebt. Das auszusprechen und zu befolgen, ist kein „Dolchstoß", sondern eine Notwendigkeit zur Sicherung von Verhandlungen, von Uebereinkommen und schließlich zur Aufrechterhaltung der Erfüllungspolitik. All das liegt im Lebensinteresse des schaffenden und damit des ganzen deutschen Volkes.

Als Letztes für heute sei noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß der Abwehrkampf unsrer Genossen im Ruhrgebiet keine Aufhebung des sozialen Kampfes gegen die deutschen Unternehmer ist. Hier und da will es ein Genosse nicht ganz verstehen, daß die Ruhrproletarier z. B. für die Freilassung Thyssens streikten und daß sie sich in jedem einzelnen Falle hinter den Unternehmer stellen, wenn er zur Unterwerfung unter französische Befehle gezwungen werden soll. Solche Kurzsichtigen übersehen, daß eine andre Taktik im Augenblick garnicht möglich ist. Französischen Militärbefehlen muß überall entgegengetreten und jeder Einzelne gestützt werden, der sie auszuführen weigert. Geschähe das nicht, so würde bald der Militarismus triumphieren. Fände sich aber ein Unternehmer, der sich fügte, so müßte und würde ihm ebenso der Gehorsam aufgesagt werden, wie dem befehlenden General. In diesem ganzen Abwehrkampfe ist der Unternehmer nur als Mittelglied zu werten, dem man sich weder unterwirft, wenn er sich unterwirft, noch fallen läßt, wenn er sich nicht fallen läßt. Leistet er der einbrechenden Militärgewalt Widerstand, so hat die Arbeiterklasse diesen Widerstand zu verstärken, wenigstens hat bis jetzt die Arbeiterklasse derart operiert und mit gutem Erfolg. Es wäre lächerlich daraus zu folgern, daß die deutschen Arbeiter für das geschäftliche Wohl und die Aufrechterhaltung der Macht des deutschen Unternehmertums streiken und opfern wollten. Nein, der Klassenkampf wird und kann niemals aufgehoben werden. Gerade um den deutschen Kapitalismus bekämpfen zu können, muß erst der französische Militarismus abgewehrt werden. Tun die Ruhrunternehmer mit, kann man den Abwehrkampf nicht dadurch schwächen, daß man sie zurückstößt und schließlich der Unterwerfung unter französische Kapitalmacht zutriebe (was die Herren dann „Abkommen" oder sonstwie nennen könnten). Als Unternehmer bleiben sie der Klassenfeind des Proletariats, den einst auszuschalten der Zweck des ganzen sozialen Befreiungskampfes ist. Aber diese Sozialisierung des Bergbaus wollen die deutschen Arbeiter für sich erkämpfen und nicht etwa nach plötzlicher Ausschaltung des deutschen Unternehmers eine französisch-militärische Diktaturgewalt in den Betrieben vorfinden, die dem deutschen Proletarier seine sozialen Rechte durch das Bajonett vertauschen würde.

Ermöglichen die Politik der Regierung, eine gute Nahrungsmittelversorgung des Ruhrreviers und das Verständnis und die Hilfe des gesamten deutschen (und auch des ausländischen) Proletariats den kämpfenden Ruhrbergleuten den Erfolg, so kann ihre Position durch diese Tatsachen so gestärkt werden, daß sie auch mit dem deutschen Kapitalismus aussichtsreiche Abrechnung halten können. Müssen sie jetzt durch falsche Regierungspolitik oder Treibereien der Nationalisten den Abwehrkampf aufgeben, so kann das für das deutsche schaffende Volk bedeuten: weitere grenzenlose Not, Verelendung, seelischen Druck, Zersetzung und schließlich zügellosen Aufpeitschen des Volkes durch die rachegeschreienden Nationalisten. Im Interesse der Ermöglichung und Weiterführung des sozialen Klassenkampfes liegt jetzt die Abwehr des französischen Militarismus. Dem Ruhrproletariat ist die Erfüllung einer geschichtlichen Mission in die schwieligen Hände gegeben.

* * *

Militarismus ist Brutalität

Die Meldungen über brutales Vorgehen des französischen Militärs im besetzten Gebiet häufen sich. Der Presse ist es unmöglich, alle gemeldeten Vorgänge zu registrieren, zumal bei den meisten Meldungen der Tatbestand nicht einwandfrei dargestellt erscheint. Die sozialdemokratische Presse hat die Erfahrungen nicht vergessen, die sie während des Krieges mit den bürgerlichen, halbamtlichen und amtlichen Nachrichtenbureaus gemacht hat. Wir lehnen noch wie vor die Verantwortung für die Zuverlässigkeit der Meldungen ab, die als Meldungen von Wolffs Telegraphischen Bureau (W. T. B.), Telegraphenunion (T. U.) oder als Meldungen der bürgerlichen Presse gekennzeichnet sind. Aber zur Information unsrer Genossen haben wir die wichtigsten dieser Meldungen mitzuteilen, zumal diese Vorgänge, wie z. B. in Recklinghausen und Gelsenkirchen, weitere Folgen zeitigen, die nicht zu verstehen sind, wenn man die Veranlassung nicht kennt. Im übrigen aber ist nicht alles übertrieben oder gar Schwindel, was die Depeschenagenturen verbreiten. Im Falle Recklinghausen hat z. B. Genosse Stampfer festgestellt, daß die Wahrheit über die Rücksichtslosigkeit des französischen Vorgehens noch Schlimmeres aufzeigte, als gemeldet worden war. Wir haben auch wiederholt betont, daß jeder Militarismus, der einem fremden Volke zur Beherrschung aufgezwungen wird, rücksichtslos ist. Und er wird in dem Maße brutaler, je mehr er passiven Widerstand findet. Er schlägt schließlich um sich, wenn ihm die zu beherrschende Bevölkerung die Lebensmittel verweigert. Auch Mißverständnisse, Nervosität, Schroffheiten Einzelner usw. führen Zwischenfälle herbei, die bei der gereizten Stimmung Ausschreitungen begünstigen. Brutale Herrschgewalt ist das Wesen des Militarismus, auch des französischen. So wie der deutsche Militarismus im Kriege (und schon im Frieden bei uns!) Ausschreitungen beging, so ist auch der französische dem gleichen Verhängnis unterlan. So wie wir den deutschen verurteilten, so haben wir jetzt den französischen zu brandmarken. Gegen die erwiesenen Fälle der Brutalisierung, Aufpeitschung und Niederschießung der Ruhrbevölkerung erheben wir schärfsten und lautesten Protest.

*

Die blutigen Zwischenfälle in Gelsenkirchen

Das halbamtliche Wolffsche Telegraphische Bureau meldet:

Gelsenkirchen, 13. Februar. Wie gemeldet, hatten Schupobeamte ein Auto angehalten, das nicht beleuchtet war, wobei sich zwischen den Insassen (zwei französischen Gendarmen) und Schupobeamten ein Feuergefecht entwickelte, ein Schupobeamter und die beiden französischen Gendarmen schwer verwundet wurden. Heute früh drangen, als Folge der gestrigen Zwischenfälle, starke Teile französischer Artillerie, Kavallerie und Tanks, von Recklinghausen kommend, in die Stadt Gelsenkirchen ein. Die Hauptwache im Polizeipräsidium wurde unter Anwendung von Gewalt entwaffnet. Die Polizeibeamten wurden abgeführt. Sie wurden unterwegs blutig geschlagen und mußten im Parademarsch gehen. Es war sichtlich darauf abgesehen, sie so schmachvoll wie nur möglich zu behandeln. Der französische Major forderte von der Stadt die Zahlung von 100 Millionen Mark bis morgen mittag als Sühne. Dies wurde von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Oberbürgermeister Wedelstedt, Bürgermeister Antoni sowie Polizeipräsident Sieler wurden darauf unter großem Aufgebot von Truppen und Tanks verhaftet. Außerdem wurden der Major der Schutzpolizei, Punow, und der Vorsteher der Reichsbank, Juri, festgenommen. Das Militär zog wieder ab.

*

Die Zuspitzung in Essen

Essen, 14. Februar. (W. T. B.) Infolge der Weigerung der Essener Gastwirte und Kaufleute, an Angehörige der Besatzungsarmee zu verkaufen, spitzt sich die Lage in Essen immer mehr zu. General Fournier hat gestern an den Bürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilte, daß Lokale, in denen Angehörige der Besatzungsbehörde nicht bedient würden, nötigenfalls mit Gewalt geräumt werden würden. Im Hotel Kaiserhof, wo die Ingenieurkommission ihren Sitz hat, ist gestern vormittag die Lichtzufuhr unterbrochen worden. Die Franzosen drohten darauf mit der **Abschneidung der Stromzufuhr an die ganze Stadt,** wenn das elektrische Licht im Kaiserhof bis 6 Uhr abends nicht wieder funktioniere. Am Abend hatte der Kaiserhof noch kein Licht. Die Ingenieure mußten sich mit Kerzen behelfen. **Ein Truppenkommando, das im städtischen Elektrizitätswerk die Abschneidung der Stromzufuhr für ganz Essen durchführen sollte,** mußte unverrichteter Sache abziehen, weil es verschlossene Türen vorfand.

*

Abschnürung der Verbindung mit Holland

Gelsenkirchen, 13. Februar. Die **Besetzung von Emmerich und Wesel ist heute früh von belgischen Truppen durchgeführt worden. Für die Besetzung wird als Grund die Kontrolle der aus Holland kommenden Kähne angegeben. Die 120 deutschen Zollbeamten wurden nach Besetzung des Zollamtes entfernt. Das Militär besetzte alle entscheidenden Stellen.**

Durch die Besetzung von Wesel und Emmerich ist ein ordentlicher Grenzverkehr sowohl zu Lande wie zu Wasser unmöglich gemacht. Der Rheinschiffahrtsverkehr, der bisher noch mit Holland erfolgte, ist jetzt vollkommen der Willkür der Besatzung ausgeliefert. Der internationale Verkehr des Westens, der bis jetzt über den wichtigsten Grenzhafen Emmerich nach Holland und weiter nach England erfolgte, wird sich jetzt fast ausschließlich über Bremen und Hamburg abwickeln müssen. Mit Schwierigkeiten ist besonders auch für die Lebensmittelversorgung von Holland aus zu rechnen. Es ist nicht unbekannt, daß die Reichsregierung und viele Kommunalverbände mit holländischen Lieferanten große Verträge zur Lebensmittellieferung abgeschlossen haben. Diese Lieferung ist vorläufig in Frage gestellt. Zwar ist die Eisenbahnstrecke Wesel—Emmerich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG